

**Antrag öffentlich aus der Politik
Nr. 2021/236**

Beratungsfolge - öffentlich -		Sitzung am		
Rat der Stadt Goslar		20.07.2021		

Betreff: Ratsantrag "Beitritt der Stadt Goslar zum Netzwerk' International Alliance of Safe Harbours'; Ratsfraktion DIE LINKE vom 09.07.2021

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Goslar tritt dem Netzwerk ‚International Alliance of Safe Harbours‘ bei.

Begründung:

Am Freitag, dem 25. Juni 2021, unterzeichneten 33 europäische Städte in der italienischen Stadt Palermo eine Erklärung (siehe Anlage) zur Gründung der "International Alliance of Safe Harbours". Die Unterzeichner sind sich einig in ihrer Bereitschaft, mehr Flüchtlinge und Migranten aufzunehmen, auch um die Städte am Mittelmeer kurzfristig zu entlasten.

Regional sind dem Netzwerk bereits Braunschweig, Göttingen und Northeim beigetreten, darüber hinaus u.a. Potsdam, Flensburg, Greifswald, München, Leipzig, Würzburg (ein gleichlautender Antrag wird im Kreistag des Landkreises Goslar eingebracht).

Das Netzwerk setzt auf eine breite Verteilung auf viele Städte und fordert eine direkte Finanzierung der Aufnahme durch die EU sowie eine gerechte Lastenverteilung zwischen den EU-Staaten.

Zitat aus der gemeinsamen Erklärung:

"Als europäische Städte und Gemeinden, die fest an die Verteidigung der Menschenrechte glauben, bieten wir Flüchtlingen und Migranten seit Jahrzehnten eine neue Heimat. Wir bekennen uns bedingungslos zu humanitären Werten, universellen Menschenrechten und dem Recht auf Asyl, auch in schwierigen Zeiten".

**Erklärung des Netzwerks
‚International Alliance of Safe Harbours‘**

Präambel der Erklärung

Die Europäische Migrationspolitik steckt seit Jahren in einer Sackgasse. Gefangen zwischen der rückwärtsgewandten, von nationalstaatlichen Interessen geprägten Diskussion über Verteilquoten und der idealistischen Zukunftsvision eines Europas ohne Grenzen, verheddert im Streit zwischen maximal Wünschenswertem und kleinstem gemeinsamen Nenner. In der europäischen Asyl- und Migrationspolitik ist es deshalb heute wichtiger denn je, statt eines zwischen(national)staatlichen einen gesamteuropäisch gesellschaftlichen Konsens zu finden.

Deshalb setzen wir dieser scheinbar ausweglosen Situation, in dem das Schicksal von Menschen auf der Flucht und indem unsere Werte zum Spielball zu werden drohen, unseren moralischen Pragmatismus entgegen. Wir sind Städte, die sich gemeinsam zu einer demokratisch durch ihre Stadtgesellschaften legitimierten und damit verbindlichen und geregelten Form der Aufnahme von Menschen auf der Flucht bekennen, und ihnen damit die Chance für eine Integration in unser gemeinsames Europa bieten. Die Integration in unsere Stadtgesellschaften erfordert dabei einen Pragmatismus, der das Machbare in den Mittelpunkt des Handelns rückt. Wir setzen deshalb auf die Idee eines Netzwerkes von Städten in Europa. Statt der Konzentration der Last durch Hotspots und Lager, die sich auf wenige Städte entlang des Mittelmeers kapriziert, setzen wir auf eine breite Verteilung auf viele Städte, die die Belastung für die einzelne Stadt durch die Kraft eines breit getragenen Bündnisses verteilt. Den geltenden Verteilungsschlüssel als alleinige Grundlage in Europa wollen wir durch ein breites Netz von vielen freiwilligen kommunalen Aufnahmekontingenten ergänzen.

Das bestehende System würde damit durch den Blick des in den Kommunen Leistbaren ergänzt und nicht allein an Bevölkerungszahlen festgemacht, wie dies die aktuellen Verteilungsschlüssel für die Flüchtlingsaufnahme tun. Im Sinne eines moralischen Pragmatismus, der humanitäre Beweggründe mit dem Machbaren vor Ort kombiniert, soll ein Modell entstehen, welches es den Kommunen, die einmalig oder dauerhaft bereit sind mehr Menschen aufzunehmen, ermöglicht, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Gleichzeitig sollte die Aufnahme für die Bevölkerung der Aufnahmekommune honoriert werden. Ein Anreizsystem soll gezielt die Aufnahmebereitschaft fördern und eine breitere Verteilung der Lasten in Europa ermöglichen.

Ergänzende Freiwilligkeit statt starrer Vorgaben könnte den Weg in ein von Befürwortern und Skeptikern akzeptiertes System der Aufnahme Geflüchteter sein.

Als europäische Städte und Gemeinden, die fest an die Verteidigung der Menschenrechte glauben, bieten wir Geflüchteten und Migranten seit Jahrzehnten eine neue Heimat. Wir bekennen uns bedingungslos zu den humanitären Werten, den universellen Menschenrechten und dem Recht auf Asyl, auch in schwierigen Zeiten. Heute erleben wir in unseren Städten und Regionen eine Welle der Solidarität mit Geflüchteten. Und dennoch: das Migrationsmanagement ist ineffizient und unausgeglichen, denn es entsteht eine besonders starke Belastung für die europäischen Grenzstaaten. Ein pragmatischer Ansatz ist daher gefragt, um den Geflüchteten zu helfen und die Städte in den Grenzstaaten zu entlasten.

Vor diesem Hintergrund verfolgen wir die Pläne der EU-Kommission und der EU-Staaten für einen neuen „Migrationspakt“ mit großer Sorge. Eine Gesetzgebung, die keine defacto Solidarität und gerechte Lastverteilung erzielt, ist nicht vereinbar mit den humanitären Werten Europas. Genauso wenig sind es die geschlossenen Lager, wo die Menschen lange ohne Perspektive verharren müssen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden ein „weiteres Moria“ nicht verhindern. Im Gegenteil, sie würden den Hotspot-Ansatz entlang der EU-Außengrenzen sogar verschärfen, auf den griechischen Inseln, in Lampedusa oder in Pozzallo, ohne eine gerechte Verteilung der Geflüchteten und Asylsuchenden unter allen europäischen Staaten zu erreichen. Und denjenigen, die es doch nach Europa schaffen, drohen Schnellverfahren in geschlossenen Lagern an den Außengrenzen statt einer solidarischen Umsiedlung und Unterbringung in lokalen Gemeinden. Das ist nicht das Europa, das wir uns für die Zukunft vorstellen.

In den letzten Jahren haben sich hunderte von Kommunen in ganz Europa bereit erklärt, Geflüchtete aufzunehmen. Angesichts der anhaltenden humanitären Notsituation in den EU-Grenzregionen können wir nicht länger tatenlos zusehen. Obwohl der größte Teil der europäischen Bevölkerung in Städten und Gemeinden lebt, wird unsere Stimme in den europäischen Verhandlungen nicht gehört. Wir als Städte möchten hilfreiche politische Maßnahmen unterstützen und passende rechtliche Instrumente finden, aber wir haben keinen Sitz am Verhandlungstisch.

Was wir bieten, ist die Erfahrung, das Engagement, die Kompetenz in Fragen der Integration, Inklusion und Partizipation und die gesetzliche Verpflichtung, die grundlegenden Menschenrechte zu schützen. Deshalb muss die Stimme der solidarischen Städte gehört werden. Wir bekräftigen hiermit unser Angebot der Hilfe. Im Rahmen ihrer Kapazitäten sollen die Kommunen daher freiwillig die Möglichkeit haben, Geflüchtete aufzunehmen und ihnen Unterkunft, Schutz und Sicherheit zu bieten, um ihre Rechte und ihre Würde zu wahren.

Das zukünftige Migrationssystem der EU muss vielmehr den Städten in Europa neue Wege eröffnen, um sich ohne weitere Verzögerung aktiv in die Unterbringung der Geflüchteten und deren Integration einbringen zu können. Wir fordern daher von den europäischen Institutionen und den europäischen nationalen Regierungen:

1. Ein Recht auf Asyl und keine Transitzonen an den Außengrenzen

Jede Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems muss sicherstellen, dass das individuelle Recht auf Asyl gewahrt wird und Schutzsuchende effektiven Zugang zu schnellen Asylverfahren haben. Auch in Zukunft müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um Lager Situationen wie Moria oder Lipa zu verhindern. Dazu müssen diejenigen, die an den europäischen Küsten ankommen, so schnell wie möglich direkt in die Städte, Regionen und Länder, die bereit sind, sie aufzunehmen

2. Direkte kommunale Aufnahme ermöglichen

Die Bereitschaft der Zivilgesellschaft und unserer Kommunen, Geflüchtete zu unterstützen ist enorm. Wir sind überzeugt, dass eine Aufnahme von Geflüchteten in unseren Kommunen die Krise an den Grenzen Europas lindern würde. Kommunen sollten die Möglichkeit haben, Aufnahmekontingente anzubieten, um an die Migrationspolitik beteiligt zu werden. Dies würde es willigen Kommunen ermöglichen, zusätzliche Aufnahmekapazitäten direkt den in den Grenzlagern gestrandeten Flüchtlingen anzubieten.

3. Direkte EU Finanzierung für Aufnahmekommunen

Die europäischen Institutionen sollten den hilfsbereiten Kommunen Zugang zu direkter finanzieller Unterstützung bieten, damit sie ihren humanitären Verpflichtungen nachkommen können. Zu diesem Zweck brauchen Europas Städte einen verlässlichen und umfassenden Finanzrahmen, der über die reinen Unterbringungs- und Lebensunterhaltskosten hinausgeht und als Querschnittsaufgabe verstanden wird, die viele Bereiche wie Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Gesundheit umfasst.

4. Solidarität stärken

Die in verschiedensten Formen stattfindende Verurteilung von Solidarität lenkt die Öffentlichkeit von den wahren Problemen der EU-Migrations- und -Asylpolitik ab. Als europäische Städte schlagen wir Empfehlungen vor, um zu gewährleisten, dass Solidarität nicht nur ausnahmsweise oder auf Freiwilligkeitsbasis gewährleistet wird. Wir fordern daher die Europäische Union auf, einen verpflichtenden Mechanismus zu etablieren, der für eine gerechte Lastenverteilung und Aufnahme von Geflüchteten in den EU Mitgliedstaaten sorgt; Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir als Städte und Gemeinden auf europäischer und nationaler Ebene künftig Hand in Hand arbeiten.

5. Legale Einwanderungswege für eine pragmatische Einwanderungspolitik

Europa wird in den kommenden Jahren mit einem wachsenden Bevölkerungs- und Arbeitskräftemangel konfrontiert sein. Die Auswirkung auf die jeweiligen Staaten wird zwar unterschiedlich sein, sie wird jedoch zu einer gemeinsamen Herausforderung. Somit streben wir eine legale Einwanderungspolitik an, die geregelte Asylverfahren und effektive Integrationsmaßnahmen voraussetzt. So soll die Lücke geschlossen und den Ländern ein entsprechendes Agieren ermöglicht werden.

Das heute aus dieser Konferenz hervorgehende Netzwerk „International Alliance of Safe Harbours“ soll helfen, ein europäisches Haus mit einer globalen Strategie der Solidarität zu konstruieren, mit einer grundsätzlichen Prämisse: das Leben eines jeden, zur Flucht gezwungenen Menschen sei es zu Wasser oder auf dem Landweg zu schützen und ihm die gleiche Chance auf ein geordnetes, rechtsstaatliches Verfahren nach gemeinsamen europäischen Regeln und auf der Basis unseres gemeinsamen europäischen Wertekanons zu geben. Unwürdige Lebensverhältnisse und der Tod von zu vielen dürfen nicht auf dem Gewissen unseres solidarischen Europas lasten.

gez. Michael Ohse

gez. Rüdiger Wohltmann